

Vorfahrt für die gentechnikfreie Landwirtschaft!

Das Recht auf gentechnikfreie Landwirtschaft auf Dauer gewährleisten AbL: Bundesregierung muss dafür sichere Rahmenbedingungen schaffen

Lüneburg, 12.10.09. „Das Recht auf gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel-erzeugung auf Dauer sichern – das ist das Gebot der Stunde. Nur so kann die neue Bundesregierung echte Wahlfreiheit für Bauern und Verbraucher herstellen“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. und Sprecher im Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen und Hamburg anlässlich der aktuellen Koalitionsverhandlungen in Berlin und der EU-Agrarministerkonferenz in Luxemburg in der nächsten Woche.

Janßen weiter: „Die neue Bundesregierung ist gut beraten, auch auf dem Gebiet der Gentechnik die Erfahrungen der Bauern und Verbraucher ernst zu nehmen. Mit der Vorfahrt für gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft haben wir eine Chance, für unsere qualitätsorientierten Produkte auch Absatzmärkte zu finden und zu sichern. Amerika hat diesen gentechnikfreien Markt verloren, aber die europäischen Rohstoffe sind noch gentechnikfrei und wir täten gut daran, wenn das auch so bleibt. Wenn Vertreter großer Mühlen an die Bauern appellieren, dass sie gentechnikfrei anbauen sollen, dann wollen wir das gerne bedienen und fordern die Regierung auf, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass das auch in Zukunft möglich ist. Hierzu gehört das EU-Reinheitsgebot beim Saatgut, dies ist die Basis, um gentechnikfreie Erzeugung sicher zu stellen. Auch bei Importen darf man die Tür nicht für gentechnische Verunreinigungen öffnen. Hier muss die Nulltoleranz, die der Umsetzung des Vorsorgeprinzips entspricht, erhalten bleiben. Nur weil die USA schneller die neuen Gentechnik-Sorten vom Monsanto-Konzern auf den Markt bringen will, aber nach wie vor eine Trennung der Produktionszweige nicht hinbekommt, sollte sich die EU nicht dafür hergeben, diese Schlampeien auch noch zu belohnen. Wir müssen hier streng bleiben, zumal Brasilien und Argentinien ähnliche bzw. längere Zulassungszeiten als die EU haben und sich beim Anbau an den Markterfordernissen orientieren. Die neue Bundesregierung ist gut beraten, nicht blindlings die Positionen der Spitze des Deutschen Bauernverbandes und der Futtermittelindustrie zu übernehmen, die sich immer wieder als Steigbügelhalter der Gentechnik-Industrie hergeben und mit ihren Kampagnen die Tür weit aufmachen für eine bewusste Inkaufnahme von gentechnischen Verunreinigungen. Die immer wieder auftauchenden Verunreinigungsfälle, z.B. aktuell bei Leinsamen, zeigen, dass die Gentechnik-Industrie nichts im Griff hat. Im Gegenteil: Sie übernimmt für Verunreinigungen und Folgekosten in der Land- und Lebensmittelwirtschaft keinerlei Verantwortung, wie der Reisskandal im Jahre 2006 eindrücklich zeigt. 60% des amerikanischen Reismarktes sind zusammen gebrochen und bis heute haben die betroffenen Farmer keinen Dollar Entschädigung vom verantwortlichen Konzern Bayer Crop Science bekommen. Die Abstandsregelungen und Reinhaltungsmaßnahmen innerhalb der Lebensmittelkette müssen an Markterfordernisse angepasst und so festgelegt werden, dass Verunreinigungen mit Sicherheit auszuschließen sind. Der Markt verlangt gentechnikfreie Rohstoffe und zwar weit unterhalb des Kennzeichnungswertes von max. 0,9% im Endprodukt. Für eventuelle Schäden muss es sichere Ausgleichsregelungen geben, d.h. Haftung ab 0,1% GV-Verunreinigung. Zudem muss das Verursacherprinzip umgesetzt werden. Diejenigen, die sich Gewinne durch GVO versprechen, müssen auch für Mehrkosten und Mehraufwand der gentechnikfreien Landwirtschaft aufkommen. Reizvolle Aufgaben für die neue Bundesregierung und für die gentechnikkritische Bewegung.“